

Hilfe gegen Stickoxid

Bremen und Niedersachsen wollen von Mobilitätsfonds profitieren

Berlin. Sechs Bundesländer fordern von der Bundesregierung, beim Dieselpipfel beschlossene Förderprogramme für Städte mit schlechter Luft auszudehnen. Bei dem Spitzentreffen von Politik und Autobranche Anfang August waren Verkehrs-Masterpläne für die 28 Regionen angekündigt worden, deretwegen die EU Druck auf die Bundesregierung macht.

„Neben den dort genannten Städten und Regionen gibt es in Sachsen, Bremen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Niedersachsen eine ganze Reihe weiterer Städte, die aktuell von Grenzwertüberschreitungen betroffen sind“, schrieben die Umweltminister dieser Länder nun an den Bund. Der Brief an Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) liegt der Deutschen Presse-Agentur vor. Die Länder bitten darin, Überschreitungen von Schadstoff-Grenzwerten im Stadtgebiet und im Verlauf einer Straße zum Kriterium für die Förderung aus einem beim Dieselpipfel beschlossenen Fonds „Nachhaltige Mobilität für die Stadt“ zu machen.

Die EU-Kommission nennt insgesamt 28 Regionen in Deutschland, in denen die Belastung mit gesundheitsschädlichen Stickoxiden „anhaltend“ höher sei als erlaubt, darunter Berlin, Stuttgart, München, Köln, Düsseldorf und Hamburg. Messungen des Umweltbundesamts hatten im vergangenen Jahr Grenzwert-Überschreitungen an 57 Prozent der verkehrsnahen Messstationen ergeben. Diesel-Autos gelten in Städten als Hauptquelle für gesundheitsschädliche Stickoxide.



AUCH IN BREMEN BEREITEN TEILS HOHE STICKOXIDWERTE SORGE.